

# VDS

Antifaschismus Nr.3

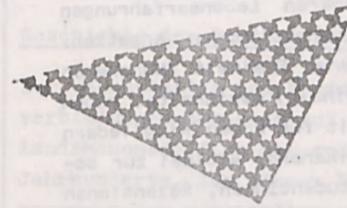
# Rundbrief

## INHALT

<u>Recht extremistische und neofaschistische Organisationen an den Hochschulen</u> (Anja Maschinsky, Koordinierungsausschuß der VDS))	Seite 1
<u>Burschenschaften</u> (entnommen aus dem AStA-Info Uni Münster)	Seite 3
<u>Gesamtdeutscher Studentenverband (GDS)</u> (aus dem AStA-Antifa-Info Uni Dortmund, 4/88)	Seite 5
<u>Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)</u> (Heinz F. in Broschüre der Juso-Hochschulgruppen)	Seite 8
<u>"Republikanischer" Hochschulverband (RHV)</u> (Anton Maegerle, Broschüre der Juso-Hochschulgruppen)	Seite 9
<u>Recht extremistismus - ein Thema für die Hochschulen</u> (Kerstin Griese, AStA Uni Düsseldorf)	Seite 10
<u>Aufruf zur 2. bundesweiten Aktionskonferenz der antifaschistischen Bewegung</u>	Seite 13
<u>Material- und Adressenliste</u>	Seite 14

Terminhinweise:

Wochend-Seminar der VDS-Antifa-AG  
18./19.11.  
in der Uni Münster



## Rechtsextremistische und neofaschistische Organisationen an den Hochschulen

"Ausländer kassieren Milliarden - an uns Studenten wird gespart. Wohnraum, Studienplätze und BAFÖG zuerst für deutsche Studenten", heißt das Motto der im Mai in Hamburg gegründeten Hochschulgruppe der *Deutschen Volksunion (DVU)*. Rechtzeitig vor den EG-Wahlen, ermuntert durch die Wahlerfolge bei Kommunal- und Landtagswahlen, versuchen rechtsextreme Gruppierungen an den bundesdeutschen Hochschulen erneut Fuß zu fassen und ein durchaus vorhandenes rechtsextremes Potential zu reaktivieren. In München wurde der *Republikanische Hochschulverband* ins Leben gerufen, in Münster strebt der *Gesamtdeutsche Studentenverband* eine offizielle Aufnahme in die Matrikel an, in Bochum tauchen Flugblätter der *Jungen Republikaner* auf, Hakenkreuze und ausländerfeindliche Schmierereien an den Wänden von Seminarräumen sind an den Universitäten längst keine Seltenheit mehr.

Rechtsextreme Organisationen und Positionen an den Hochschulen sind keineswegs neu. Hinter den "Neugründungen" verbergen sich oftmals altbekannte Namen. Die jetzt vielerorts wiederbelebten Gruppierungen geben sich unpolitisch oder "nur konservativ", oft haben nur wenige, aber einflussreiche Mitglieder Kontakte zur rechtsextremen oder neofaschistischen Szene in der Bundesrepublik.

Der bereits erwähnte *Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS)* wurde bereits 1950 als "Verband heimatvertriebener Studenten" gegründet und verfügt über vielfältige Kontakte zu führenden Rechtsextremisten in Europa sowie zu neofaschistischen Kreisen in der Bundesrepublik wie zum Beispiel zur Wehrsportgruppe Hoffmann.

*Burschenschaften, Corps und Studentenverbindungen* fungieren im Kontext der rechten Organisationen zum Teil als "Einstiegsdroge". Ihre Bedeutung liegt offenbar darin, elitäres Bewußtsein und Standesdünkel unter StudentInnen und angehenden Wissenschaftlerinnen zu verbreiten. "Merkmal aller zur Führungsauslese Berufenen ist das Sich-nicht-gemein-Machen, um in der modernen Gesellschaft jene Gegenrolle gegen die Massen spielen zu können", heißt es in der *Akademica* (1966) und etwas moderner in den *Burschenschaftlichen Blättern* (3/81): "Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß 50-60% der an bundesdeutschen Universitäten immatrikulierten Studenten dort schlechterdings nichts verloren haben."

Der neofaschistische *Ring freiheitlicher Studenten (rfs)* rekrutiert seine Mitglieder in erster Linie aus Burschenschaften. Seine Gründung geschah 1977 durch den Vorsitzenden der Deutschen Burschenschaften, Mitglied der *Danubia München*: "Wir sind dazu übergegangen uns unter dem Namen 'Ring freiheitlicher Studenten' eine eigene Basis zu schaffen", erklärte dieser in der Zeitschrift "Der Beobachter". Der ehemalige Vorsitzende des rfs (bis 1987) ist heute wiederum Beisitzer im Bundesvorstand der *Republikaner* und Mitbegründer des *Republikanischen Hochschulverbandes*. Zahlreiche rfsler sind Autoren in rechtstradikalen Zeitungen wie "Mut", "Student", "Junge Freiheit", "Criticon".

Die Einwirkung auf Studien- und Wissenschaftsinhalte ist erklärtes Ziel des *Republikanischen Hochschulverbandes*, der nicht nur StudentInnen, sondern auch gezielt Hochschul-

lehrerInnen ansprechen will. In einigen Orten, so in Bochum, sollen sogenannte "akademische Zirkel" eingerichtet werden, die Intellektuellen die Möglichkeit geben soll, Kontakt zu den Republikanern aufzunehmen, ihre "intellektuellen Defizite" (wie sie es selber bezeichnen) aufzuarbeiten und den Republikanern weiteres Ansehen zu verschaffen.

Bisher hatten rechtsextreme Organisationen an den bundesdeutschen Hochschulen keinen Erfolg, die Übergroße Mehrheit der StudentInnen, WissenschaftlerInnen und HochschullehrerInnen lehnen Methoden und Zielsetzungen dieser Gruppierungen ab. Das eigentliche Problem besteht also weniger in dem Auftreten organisierten Rechtsradikalismus als in der Verbreitung ideologischer faschistoider Grundmuster und deren Einflußnahme auf Lehr- und Forschungsinhalte, insbesondere auf Menschenbild und wissenschaftliche Grundpositionen.

Ausgangspunkt eines rechtsextremen Menschenbildes ist dabei die Dominanz der genetischen Anlagen, gleichzeitig wird die menschliche Evolutionsgeschichte als unabgeschlossen angesehen. Ungleichheiten zwischen Individuen und Völkern, soziale Ungleichheiten, werden ausgehend von diesem Postulat als "natürlich" definiert. Hierarchische Ordnungen, Eliten werden auf diese Weise legitimiert und zu einer "natürlichen Konstante" jeder neuzeitlichen Gesellschaft erklärt. Das "Prinzip des Stärkeren" - ein zentraler Bestandteil rassistischer Argumentationen tritt im Gewand des "Begabten" und "Leistungsfähigsten" auf. Einer an dieser "Ungleichheit" orientierten Politik ist demnach nicht nur die natürlichste, sondern auch die "einzig humane". Mit dem "Recht auf Verschiedenheit" setzen sich die "neuen Rechten" zwar vom nationalistischen Konzept der Rassenhierarchie ab, begründen aber zugleich auf "zeitgemäße" Weise "Nationalismus" und "Kulturassismus": "Jedes Volk, also auch das deutsche Volk, hat ein natürliches recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet", heißt es in *Heidelberger Manifest* (zit. n. FR, 4.3.82), das von zahlreichen Professoren unterzeichnet wurde und vom r.f.e. sowie Burschenschaften, wie der *Germania* vertrieben werden.

Die Sensibilität gegenüber rechtsextremen Positionen in der Wissenschaft ist wohl eher als gering zu bezeichnen. So entschieden sich zum Beispiel in einem Jura-Seminar bei einem fiktiven Asylverfahren 59 von 60 StudentInnen für die Ausweisung des Betroffenen in der Annahme, daß der Professor (der diese Auffassung vertrat), die Arbeit sonst schlechter bewerten würde.

Rassistisch-konservative Ideologiemuster haben auch deswegen einen subtilen Wirkungskreis, weil sie an unmittelbaren Lebenserfahrungen und gegenwärtige Wertvorstellungen ansetzen. Die Zeitschrift *Münchener Freiheit* (Münchener Ausgabe der *Jungen Freiheit*) beinhaltet neben aktuellen Interviews mit führenden Mitgliedern der NPD und den Republikanern, Artikel zur sozialen Situation der StudentInnen, Rezensionen des Vorlesungsverzeichnisses, Kurzaufsätze zu Vorhaben des Bundesbildungsministers Müllemann und zur Umweltproblematik.

Die neugegründete *Arbeitsgruppe Antifaschismus der Vereinigten deutschen StudentInnenschaften (vds)* will sich daher zunächst darauf beschränken, Informationen über rechtsextreme und neofaschistische Gruppierungen an den Hochschulen zu sammeln und zu veröffentlichen sowie über Ziele und Charakter aufzuklären. Nach wie vor fehlt eine wissenschaftliche Analyse über sozial-ökonomische und politisch-ideologische Hintergründe und Ursachen für zunehmenden Rassismus und Wahlerfolge rechteradikaler Parteien. Dieser Aufgabe müssen sich die Hochschulen, Wissenschaft und Lehre annehmen. Antifaschistische Arbeit beinhaltet jedoch mehr, es geht darum rechtsextremen Ideologien etwas entgegenzusetzen: dem Bild von der natürlichen Ungleichheit der Menschen und Rassen das Ziel gleicher Lebenschancen für alle, dem Bild von der Wesensbestimmung der Frau als Mutter, das Ziel der Befreiung der Frauen von Rollenfestlegungen, dem Bild von der hierarchisch strukturierten Volksgemeinschaft das Ziel einer Demokratisierung der Gesellschaft. Antifaschistische Arbeit auf der Hochschule muß deshalb darauf drängen, daß Wissenschaft und Forschung eine humanistische Alternative entwickeln zu Massenarbeitslosigkeit, neuer Armut, Bewältigung der Umweltprobleme etc. Ihr eigentliches Thema ist also die Auseinandersetzung mit Lehr- und Forschungsinhalten, mit der Ausrichtung der Wissenschaften. Insofern reiht sich die Arbeit antifaschistischer Initiativen an der Hochschule in die aktuellen hochschulpolitischen Debatten ein.

Anja Maschinsky,

Koordinierungsausschuß VDS)

Einleitung

Geschichte der Burschenschaften und Studentenverbindungen

Burschenschaften und Studentenverbindungen basieren auf den Landsmannschaften des späten 17. Jahrhunderts. Aus diesen Landsmannschaften entwickelten sich Ende des 18. Jahrhunderts die Corps, die nur dem Adel offenstanden. 1815 bildete sich in Jena die sogenannte Urburschenschaft - wohl in Anlehnung an die Französische Revolution mit den Zielen: "Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit". Diese Burschenschaften waren zum Teil Kämpfer des ehemaligen Freicorps Lützow und aus der Uniform dieses Freicorps bildeten sie ihre Fahne "Schwarz-Rot-Gold". Ihre Hauptziele waren Beendigung der Kleinstaaterei, freie Wahlen und die Einrichtung eines Parlaments. Auf dem Wartburgfest von 1817 verbrannten die Burschen neben den Symbolen der alten Herrschaft reaktionäre Schriften. Jahn, der Gründer der Turnervereinigungen schrieb hierzu: "Es gibt Bücher genug, die von Henkershand samt ihren Verfassern verbrannt zu werden verdienen!". Kurz nach dem Wartburgfest wurde von dem Burschenschaftler Sand der Schriftsteller Kotzebue als angeblicher russischer Spion erschossen. Dies und die versuchte Stürmung der Frankfurter Hauptwache durch Burschen waren Anlaß zum Verbot der Burschenschaften. Noch 1848 vertrat die überwiegende Anzahl der Burschen fortschrittliche Ziele. Durch die Errichtung des Deutschen Kaiserreichs 1871 sahen sie jedoch ihre bisherigen Ziele erfüllt. Es galt nun, daß Erreichte zu sichern. So wurden aus den ursprünglichen Verbindungen mehr oder weniger schnell elitäre Zirkel, die sich staatstragend verhielten. Gelegentliche Ausfälle im Universitätsbereich wurden nur milde bestraft - selbige Bestrafungen galten sogar noch als Ehrenstrafe.

1889 gründeten sich der "Verein deutscher Studenten" und der Kyffhäuserbund, beides bereits Verbindungen, die von Anfang an einen Arierparagrafen in ihrer Satzung hatten, wonach nur Deutsche und Deutschstämmige aufgenommen werden durften. Gleichzeitig distanzieren sich die Burschenschaften und Studentenverbindungen von ihren revolutionären Traditionen. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg waren die Burschenschaften die ersten, die den Krieg propagierten; einige Verbindungen bereiteten sich schon seit 1910 auf den Krieg vor. Bei Kriegsbeginn stellten die Verbindungen teilweise ganze Linien. Von den Burschenschaftlern wurde die freiwillige Meldung zum Krieg erwartet; wer dies nicht tat, wurde aus den Verbindungen ausgeschlossen. Auch 1918 kämpften Burschenschaftler in den Freicorps zur 'Befreiung' Estlands, Lettlands und Litauens, während im Deutschen Reich selbst sich die Verbindungen durch paramilitärisches Training auf andere Auseinandersetzungen vorbereiteten. Offiziell stellten sie sich zwar auf die Seite der Regierung (in deren Reihen viele 'alte Herren' waren), sie unterstützten jedoch jeden Aufstand, der das Ziel der Wiedereinführung der Monarchie hatte. Weiterhin beteiligten sich Studentenverbindungen und Burschenschaften an der Liquidierung der bayrischen Räterepublik; die hierbei verübten Massaker unter AnhängernInnen der Räterepublik wurden maßgeblich von ihnen verübt.

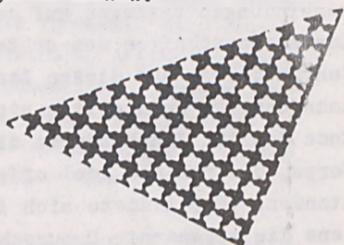
In der Zeit von 1920-1933 entwickelten die Burschenschaften einen Terror, der mit dem der nationalistischen Kampfbünde SA und SS zu vergleichen ist. Am Putschversuch von Hitler 1923 in München beteiligten sie sich aktiv. Die Deutsche Burschenschaft schrieb hierzu Ende 1923: "Am 9. November sind in München 20 deutsche Männer für Volk und Vaterland gefallen. (...) Möge über den Münchner Gräbern das Gelöbnis aller wahren Deutschen zur Einheit verbinden, nicht zu rasten und zu ruhen, bis Deutschland frei wird. (...) Wir bekennen mit Stolz, daß in den Verbänden (NSDAP (...), die am Putsch teilnahmen) sich Burschenschaftler befinden!". Schon 1930 nahmen Burschenschaftler in Farben und mit Fahnen an den Sonnenwendfeiern der NSDAP teil. Die sog. Machtübernahme selbst war für die Verbindungen kein Einschnitt, da sie auch aktiv hierzu beigetragen hatten. Von allen Verbänden wurde sie uneingeschränkt begrüßt. Schon im Mai 1933 waren die Kooperierten des KSCV gleichzeitig Mitglieder der SA, die anderen Verbände folgten diesem Beispiel. Daß die Burschen nicht einfache Mitläufer waren, sondern in vielen Bereichen des Faschismus durchaus richtungsweisend auftraten, zeigt sich schon 1933 in der "Aktionswoche: Wider dem undeutschen Geist". Aus dem Aufruf der Studentenverbindungen hierzu: "Jeder deutsche Volksgenosse säubert seine Bücherei von derartigen hineingelangten Schriften! Jeder deutsche Volksgenosse säubert die Bücherei seiner Bekannten und sorgt dafür, daß ausschließlich volksbewußte Schriftum darin heimisch ist. Denn wir wollen gegen Schmutz und Schund, aber für volksbewußtes Denken und Fühlen (sorgen)".

1936 löste der Köseener Senioren Conventsverband seine Aktivitas auf und bildete den Verband alter Korpstudenten. Alle bisherigen Burschen wurden automatisch zu alten Herren. Über die Namensänderung hinaus gab es keinerlei (strukturelle) Veränderung. 1935 verkündete die Deutsche Burschenschaft "Das Ziel der Deutschen Burschenschaften, die Einheit und Macht des Deutschen Volkes, ist durch den Führer und die NSDAP in einer Weise erreicht, wie es sich die Männer des Wartburgfestes 1917 nicht schöner hätten denken können. Für dieses Ziel zu kämpfen hat die DB nicht mehr nötig. Das Erreichte festzuhalten, ist nicht ihre Aufgabe, sondern die Aufgabe der NSDAP. Die DB hat infolgedessen keine Aufgabe mehr. Sie kann dem großen Gedanken ihrer Gründer nur gerecht werden, wenn sie sich der NSDAP angliedert, die das erreicht hat, und das vertritt, wofür die Burschenschaft über ein Jahrhundert gekämpft hat. (...) Nach über 120 Jahren Kampf für Freiheit, Ehre und Vaterland übergibt die Deutsche Burschenschaft ihre Burschenschaften, Fahne und Tradition dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund zu treuen Händen." Spätestens seit 1939 arbeiteten alle Kooperationen innerhalb der Gliederungen der NSDAP - mit Ausnahme einiger jüdischer und weniger katholischer Studentenverbindungen. Zu einem generellen Verbot der Organisationen kam es nicht. Lediglich folgende Anordnung wurde von der NSDAP erlassen: "Im Interesse einer einheitlichen Ausrichtung des Studententums verbiete ich hiermit Parteigenossen und Angehörigen von Gliederungen der Partei, die noch auf deutschen Hochschulen studieren, die Mitgliedschaft bei einer noch bestehenden studentischen Verbindung oder Vereinigung." Dies ist das einzige Verbot; und dieses verbietet natürlich nicht die Existenz von Verbindungen.

1944 endlich traten die Altherrenverbände geschlossen der NSDAP bei.

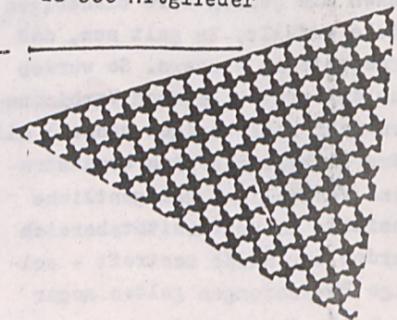
Nach 1945 waren die Burschenschaften von den Alliierten zunächst verboten. 1948 beschloß die Westdeutsche Rektorenkonferenz zum Thema Burschenschaften: "Im Bilde der kommenden studentischen Gemeinschaft wird kein Platz mehr sein für Veranstaltungen von Mensuren, die Behauptung eines besonderen studentischen Ehrbegriffs, die Abhaltung geistloser und lärmender Massengelage, die Ausübung einer unfreiheitlichen Vereinsdisziplin und das öffentliche Tragen von Farben. Die Universität wird auch die Trennung von ihrer Seite aus vollziehen." Die Zulassung von Kooperation stand dann jedoch im Ermessen eines jeden Rektors oder Präsidenten, so daß es schon bald zu einer Reorganisation des Verbindungsunwesens kam. 1949 gründet sich die "Marburger Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenverbindungen" als Vorform der Deutschen Burschenschaft und als Arbeitsauschuß des KSC; 1950 wird die Arbeitsgemeinschaft wieder zur Deutschen Burschenschaft. Ebenfalls 1950 gründet sich der Cartellverband Katholischer Deutscher Studentenverbindungen. 1951 kommt es zur Wiederbelebung des KSCV und zum Zusammenschluß der Landsmannschaften und Turnerschaften im Coburger Convant. In letzter Instanz entscheidet 1953 der Bundesgerichtshof, daß das Mensurschlagen straffrei ist, da es kein Zweikampf und nicht sittenwidrig sei. Ein Jahr später verbietet das Oberverwaltungsgericht Münster der Universität ihre Maßregelung farbentragender Verbindungen. Im gleichen Jahr fällt die SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluß betreffend der Mitgliedschaft in Burschenschaften. Mit zunehmender Orientierung auf die Übernahme der Regierungsverantwortung wird dieser Beschluß 1967 wieder aufgehoben.

Spätestens seit Mitte der 50er Jahre agieren die Burschenschaften wieder offen nationalistisch. Maßgebliche Unterstützung erfahren sie hierbei von den etablierten Parteien und von einem Großteil der Standesorganisationen.



Heute zählen ca. 1200 Verbindungen ungefähr 50 000 StudentInnen (es gibt auch Verbindungen, die Frauen aufnehmen oder welche nur für Frauen) und 175 000 'alte Herren', die in über zwanzig Dachverbänden zusammengeschlossen sind.

- Die wichtigsten Dachverbände sind:
- Kartellverband Katholischer Deutscher Studentenvereine (KV); nichtschlagend/nichtfarbentragend; ca. 150 Verbindungen; 21 000 Mitglieder
  - Cartellverband Katholischer Deutscher Studentenverbindungen (CV); nichtschlagend/ farbentragend; ca. 117 Verbindungen; 33 000 Mitglieder
  - Deutsche Burschenschaft(DB); schlagend/farbentragend; ca. 135 Verbindungen; ca. 26 000 Mitglieder
  - Köseener-Senioren-Verband (KSCV) (für die Universitäten) und Weinheimer-Senioren-Convent (WSC) (für die TH's); schlagend/farbentragend; ca. 150 Verbindungen
  - Coburger Convent (CC) (Dachverband der Landsmannschaften und Turnerschaften); schlagend/farbentragend; 94 Verbindungen; 28 000 Mitglieder



# Gesamtdeutscher Studentenverband (GDS)

Ihr Hauptanliegen ist nach eigenen Worten die Wiedervereinigung Deutschlands - die eigene Imagepflege bemüht sich darum, als lediglich aufrichtig-konsequente Vertreter dieses fundamentalen Anliegens unseres Grundgesetzes dazustehen.

In eigenen Publikationen wird teilweise eine Art von Rhetorik gepflegt, die einen "Intellektuell-konservativen Anspruch" zu dieser Problematik anklingen lassen soll; nach eigenen Worten "beschränken sich (Seminare) als Forum der Meinungen auf intellektuelle Klärung und Anregung" (GDS-Information Sommer 87). Mit dem Wiedervereinigungsgedanken gehen jedoch Vorstellungen Hand in Hand, die nicht mehr als "demokratischer Konservatismus" toleriert werden können. Auf einem eigenen Flugblatt, welches der Selbstdarstellung der eigenen Vorstellungen, der Ziele und Zielsetzungen und der Arbeitsweise dient, prangt zunächst nur folgender Leitspruch samt Untertitel:

Im folgenden werden Ideologie - sowohl die offiziell propagierte als auch die tatsächliche - des GDS, dessen historischer Werdegang und seine Bedeutung und Rolle im rechten Spektrum einer näheren Betrachtung unterzogen.

Vorweg möchte ich zugeben und auch deutlich darauf hinweisen, daß gerade Bedeutung und Rolle nur sehr schwer exakt und eindeutig abgeschätzt werden können. Der Bekanntheitsgrad des GDS (als geschlossene Organisation) ist vergleichsweise gering (in Relation z.B. mit dem "rfs", siehe auch Info 3/88). Jedoch finden sich GDS-Mitglieder immer wieder in anderen rechtsextremen Organisationen sowie bei Veranstaltungen und "Aktionen" dieser Szene wieder. Es scheint aus diesen Gründen kaum möglich (und wäre in diesem Sinne auch ein unsinniger Ansatz), den GDS isoliert beurteilen und mit einer "abschließenden Gesamtnote" hinsichtlich des Produktes aus Ideologie und Aktivitäten zu bewerten zu wollen - aller Querverbindungen wegen kann keinesfalls davon ausgegangen werden, daß der GDS im rechtsextremen Spektrum aufgrund seiner selten isoliert auftretenden Präsenz ein irrelevanter Faktor ist.

## ZUR GESCHICHTE DES GDS

Unter der Überschrift "Wer ist der GDS?" erfährt man/frau folgendes:

- Gründung des GDS e.V. bereits 1950 als Verband Heimatvertriebener Deutscher Studenten (VHDS) ...
- Das weitere direkt aus dem Original:

Zu Beginn der 60er Jahre wurde klar, daß die Erlebnisgeneration in absehbarer Zeit die Universität durchlaufen haben würde, also neue Formen gefunden werden mußten, um ostdeutsches Erbe und gesamtdeutsche Zielsetzung im studentischen Bereich aufrechtzuerhalten. Der VHDS benannte sich so 1964 in Ostpolitischer Deutscher Studentenverband e.V. (ODS) um, definierte seine Zielgruppe nach dem Bekenntnis- statt nach dem Herkunftsprinzip neu und verlegte den Arbeitsschwerpunkt vom sozialen in den politischen Bereich. 1984 erfolgte eine erneute Umbenennung: Aus dem ODS wurde der GDS, der Gesamtdeutsche Studentenverband. Ein neuer Name, der für eine unveränderte Zielsetzung spricht: die Wiedervereinigung Deutschlands.

Im GDS sind folgende Bünde aktiv:

- Studentenberg Ostpreußen (SRO)
- Studentischer Arbeitskreis Schlesien (SAS)
- Danzig-Westpreußische Studenteninitiative (DWS)
- Studentischer Arbeitskreis Mitteldeutschland (SAM)
- Hochschulring Pommern (HRP)

Hochschulgruppen existieren u.a. in Aachen, Bielefeld, Bonn, Braunschweig, Emden, Essen, Frankfurt am Main, Göttingen, Hamburg, Hildesheim, Karlsruhe, Kassel, Köln, Marburg, München, Münster, Niederrhein (Krefeld), Offenbach, Osnabrück und Wilhelmshaven.

Der GDS arbeitet überparteilich und gehört dem Bund der Vertriebenen als außerordentlicher Mitgliedsverband an.

Folgende, im Flugblatt nicht aufgeführten Tatsachen aus der geschichtlichen Entwicklung des GDS, weisen auf die Verknüpfungen zu der extremen Rechten fast von Anfang an des Bestehens hin:

- Der ODS (seit 1964, s.o.) unternimmt gemeinsame Aktionen mit dem (1954 gegründeten) "Bund Heimattrauer Jugend" (BHJ) - zum BHJ sei hier auf vorausgegangene Infos, insbesondere Info 2/88 verwiesen.
- Ein ODS-Mitglied, nämlich Sven Thomas Frank (alias Alexander Epstein), ist 1968 an der Gründung der "Außerparlamentarischen Mitarbeit" (APM) in West-Berlin, einer der "ersten Zellen der späteren "Neuen Rechten" (Feil, Neue Rechte) beteiligt; gemeinsame Aktionen von ODS und APM folgen.
- Auch im Vorfeld der neofaschistischen "Aktion Widerstand" arbeitet der ODS mit (ebenso Ende der 60'er).
- Ab 1970 wird das Schülerreferat des ODS aufgebaut. Die Leitung liegt bei Hans Michael Fiedler, einem ODS-Vertrauensratsmitglied, später Bundesgeschäftsführer des "Studentenbund Schlesien", Funktionär und Bundestagskandidat der NPD, heute nach wie vor im diesem Umfeld aktiv u.a. als Autor rechtsextremer Publikationen.
- Aus späterer Zeit sind Kontakte zu Personen der "Wehrsportgruppe Hoffmann" bzw. gemeinsamen Aktionismus (Vorprügeln von Gegen-demonstranten) bekannt. Rechtsanwalt des beteiligten ODS-Mitgliedes in dieser Sache war übrigens Martin Muggen, der Bundesvorsitzende der NPD.

## DIE ZIELE DES GDS

Dazu zunächst wieder O-Ton

(Faltblatt des GDS)

"Was will der GDS?":

- Der GDS ist eine Vereinigung von Studenten und Schülern, die sich zu folgenden Zielen bekennen:
- Wiedervereinigung Deutschlands,
  - Selbstbestimmung für alle Deutschen,
  - gerechte Lösung für den Deutschen Osten,
  - gerechte Regelung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbar-Völkern und -Staaten,
  - Gestaltung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung in Freiheit.

Die Teilung Deutschlands kann nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Vier Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges können die Deutschen in der Bundesrepublik mit Stolz auf ihre Leistungen blicken. Sie haben durch den Aufbau eines freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates das Ansehen der Deutschen in der Welt wiederhergestellt und sind mit Hilfe der Sozialen Marktwirtschaft zu einem unvorhersehbaren Wohlstand gelangt. Die daraus resultierende herausragende Stellung der Bundesrepublik bringt aber auch eine besondere Verantwortung mit sich, eine Verantwortung auch für jene Deutsche, die heute im sowjetischen Machtbereich leben müssen, eine Verantwortung für das ganze Deutschland, dessen Wiedervereinigung ein Gebot des Rechts und der Gerechtigkeit ist. Nur in der Bundesrepublik Deutschland können die Deutschen ihre Interessen wahrnehmen. Der GDS will durch seine Arbeit einen Beitrag dazu leisten, daß junge Mitbürger diese Aufgabe erkennen und wahrnehmen.

Der GDS veranstaltet regelmäßig Seminare in einer Stärke von 25 bis 50 Teilnehmern zu folgenden Themen:

- Kultur und Geschichte (z. B. "Literatur im geteilten Deutschland", "Deutsche Geschichte nach 1945")
- Deutsche Provinzen (z. B. "Was ist Schlesien?", "Das Preußenland")
- Weltanschauliche Grundfragen (z. B. "Wahre Demokratie", "Konservatismus")
- Deutschlandpolitik (z. B. "Deutsche Frage - Deutsche Antworten", "Wege zur Wiederherstellung Deutschlands")
- DDR (z. B. "Jugend in der DDR")

Wieder wird auf das (konservative) Demokratiebekenntnis Wert gelegt: Es klingt fast beiläufig, wie der Begriff des "freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates" im Text erscheint, der Sozialen Marktwirtschaft, dem daraus resultierenden Wohlstand wird (auf implizite Weise) ein großes Lob ausgesprochen, kurz: es ist die Selbstverständlichkeit, mit der diese Begriffe benutzt werden, die auf volle Loyalität zum demokratischen System schließen lassen soll. Bedenklich allerdings, was unter "gerechten Lösungen", "gerechten Regelungen" zu verstehen ist oder was sich hinter dem Titel "Deutsche Frage - Deutsche Antworten" für eine Ideologie verbergen mag. Bei den für Jugendliche ab 15 Jahren offenen Seminaren treffen wir wieder häufig auf Gemeinschaftsveranstaltungen mit Gruppen oder Organisationen, die sich - ebenso wie die Themen - im verschwimmenden und nicht "sauber" trennbaren Grenzbereich zwischen Konservatismus und rechtsextremen Gedankengut bewegen. Aus dem Jahre 1987 sind da zum Beispiel der am 23. bis 25.1. gemeinsam mit der Burschenschaft Germania durchgeführte "2. Marburger Diskurs 'Konservatismus'" zu nennen; vom 23. bis zum 25.10 wurden gemeinsam mit der Münchener Burschenschaft Danubia (schlagende Verbindung Wahlspruch: Ehre, Freiheit, Vaterland; Mitglied in der "Deutschen Burschenschaft") die "6. Bogenhausener Gespräche" (Thema: "Radikale Ästhetik") veranstaltet.

Vom 13.-15. März 87 wird das erste GDS-Seminar in Österreich zusammen mit der Salzburger Burschenschaft Germania veranstaltet, das Thema: "Österreich und die deutsche Nation". Der GDS resümiert:

"Als ein Ergebnis dieser ersten Salzburger Gespräche, die im nächsten Jahr sicherlich eine Fortsetzung erfahren werden, bleibt sicherlich festzuhalten, daß trotz getrennter Wege eine in Jahrhunderten gewachsene nationale Gemeinschaft nicht in wenigen Jahren zerstört werden kann. Gemeinsame Abstammung, ethnische Gleichartigkeit, gleiche Kultur sowie sozio-ökonomische Verhältnisse bedingen ein Fortbestehen der Nation auch über den Teilstaaten."

Mit gleichem Tenor, jedoch globaler, schließt auch Dr. A. Hartmann vom Fraktionssekretariat der Christdemokraten im Europäischen Parlament seinen Vortrag in Aachen beim Seminar über "Westeuropäische Integration und Wiedervereinigungsgebot" mit der Forderung,

"daß die Deutschen sich auf ihre übernationale deutsch-römische Reichsidee besinnen müßten, um der historischen gesamteuropäischen und deutschen Brückenfunktion gerecht zu werden."



Autoaufkleber vom GDS

WEITERE AKTIVITÄTEN

Deutlich wird auch einiges bei der näheren Betrachtung einiger weiterer konkreter Aktivitäten des GDS. Dazu (und zum Selbstverständnis) zunächst wieder aus der GDS-eigenen Schrift ("Was macht der GDS?"):

Was macht der GDS?

Der Gesamtdeutsche Studentenverband beteiligt sich an der politischen Willens- und Meinungsbildung an Universitäten und Schulen der Bundesrepublik Deutschland. Er sieht es als seine Aufgabe an, Schüler und Studenten über die Deutsche Frage zu informieren und sie für das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratisch verfaßten Staat zu gewinnen. Er führt zu diesem Zweck überregionale und (z. B. in Göttingen, Köln und München) regionale Seminarveranstaltungen durch und verbreitet seine Publikationen vor allem zu Fragen der Deutschlandpolitik. Die Hochschulgruppen des GDS treten mit örtlichen Veranstaltungen und Flugblattaktionen an der Universität an die Öffentlichkeit. Als Mitteilungsblatt gibt der GDS die Zeitschrift "GDS-Information" heraus.

Der GDS organisiert für seine Mitglieder die Teilnahme an Vertriebenentreffen aller Größenordnungen.

Der GDS betreibt eine Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, deren Kosten nicht auf seine Mitglieder abgewälzt werden können, da es sich um nicht erwerbstätige Schüler und Studenten handelt. Er erhält in begrenztem Umfang öffentliche Mittel, die jedoch unter der Voraussetzung zugewiesen werden, daß der Verband den überwiegenden Teil - derzeit ungefähr 2/3 - der Kosten seiner Seminare eigenständig finanziert. Er ist somit auf weitere Unterstützung angewiesen. Alle Funktionsträger des GDS arbeiten ehrenamtlich; der GDS ist vom Finanzamt Bonn als gemeinnützig anerkannt; Spenden sind also steuerlich abzugsfähig.

Als Teilnahme an Vertriebenentreffen sei hier das Schlesiertreffen am 15./16.6.85 erwähnt: Der GDS verteilt dort Flugblätter, den weiteren machen dort auch die "Nationalistische Front" (NF), die "Notverwaltung des Deutschen Ostens" u.a. Propaganda. K. Hirsch schreibt dazu, der GDS werde von rechten Vertriebenenverbänden als "intellektuelle Nachwuchsorganisation ... gehetzt und gepflegt".

Am 1.9.84, also im Jahr der Umbenennung, führt der GDS in Bonn seine Jahreshauptversammlung durch - auf dem Bonner Kaiserplatz kommt es zu Ausschreitungen, bei denen Mitglieder der "Wi King-Jugend" und anderer rechtsextremer Jugendorganisationen Punks angreifen, von denen vier schwer verletzt werden. Fünfzehn Rechtsradikale werden festgenommen, vier davon sind Mitglieder des GDS. "Klartext", das Organ der NF, dazu: "Wie ein Tornado segelten deutsche Recken durch das Punker- und Antifa-Gesindel...". An dem Seminar selbst nahmen auch Mitglieder der Bleifelder NF und des r.f.s. (siehe auch Info 3/88) aus Münster und Köln teil.

Ereignisse und Entwicklungen um den GDS sind in einer Arbeit von A. Maerle und P. Kreuz ("Rechtsextremistische Studentenorganisationen an bundesdeutschen Hochschulen - im besonderen der 'Gesamtdeutsche Studentenverband' (GDS)") dargestellt. Ein Teil dieser Arbeit, der die jüngsten Entwicklungen übersichtlich beschreibt, soll deshalb - wieder werden auch die "guten Beziehungen" zur extremen Rechten (in Europa) ersichtlich - hier auszugsweise wiedergegeben werden:

In April 1987 wird man schließlich bundesweit auf den GDS aufmerksam. So stellte der rechtsextreme Studentenverband in diesem Monat einen Förderungsantrag aus Bundesmitteln für ein europaweites Treffen mit Rechtsradikalen. Auf parlamentarische Anfrage von Konrad Gilges, SPD-MdB und Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit kam heraus, daß mit DM 1.200,- Staatsgeldern die Reisekosten von Rechtsextremisten aus Großbritannien, Belgien und der Bundesrepublik bezuschußt werden sollten. So waren auf dem Gemeinschaftsseminar "Volkgruppen in Westeuropa", das der GDS mit der Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen in Aachen veranstaltete, u.a. Michael Walker (London) und Robert Streuckers (Brüssel) als Referenten anwesend. Nach Erkenntnissen von Gerry Cable, Direktor des antifaschistischen Magazins "Searchlight" in Großbritannien, ist Michael Walker "eine der einflußreichsten Personen in der Szene der Neuen Rechten" und "führender Funktionär der NF (National Front)" sowie Geschäftspartner des Überführten italienischen Terroristen Roberto Fiore. Ferner ist Walker Leiter der rassistischen Zeitschrift "Scorpion", die für "Verbindungen zwischen der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich mit der kulturellen und ökologischen Rechten in Großbritannien" sorgt. Weiterhin ist Michael Walker eng mit Alain de Benoist, dem Germanen- und Keltenfürst der Neuen Rechten in Frankreich verbunden. Robert Streuckers wiederum gehört dem Redaktionskomitee der französischen "Nouvelle Ecologie" und "elements" an; führende Zeitschriften von de Benoist.

Damit waren wohl mit Sicherheit die Förderungsvoraussetzungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes - wie "Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit" zu bieten, nicht gewährleistet. So

schreibt der sozialdemokratische Informationsdienst "Selbstbestimmung und Eingliederung" am 24. November 1987: "Zum Thema Kürzungen aus dem Bundesjugendplan hat der Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeiffer (CDU) dem Bundestagspräsidenten unter anderem mitgeteilt, daß eine Prüfung des GDS wegen des Verdachts, rechtsextremistische Tendenzen zu verfolgen, im Gange sei. Nachdem die Förderung des GDS 1986 um ein Drittel reduziert worden war, sei sie in diesem Jahr - bis zum Abschluß der Prüfung - vorläufig ausgesetzt worden. Es bestehe der Verdacht, daß dieser Verband keine Gewähr mehr für eine dem Grundgesetz förderliche Arbeit bietet." Weiterer Referent auf dem Seminar in Aachen war Peter Bahr, bundesdeutscher Nationalrevolutionär, der sich mit keltischen Volkgruppen in Westeuropa beschäftigte. Die zunehmende Bedeutung der GDS-Seminare und deren hochkarätige Referenten tragen dazu bei, daß die rechte Presse seit Anfang der achtziger Jahre u.a. auch dem GDS eine "besondere Förderung" erweist: "so z.B. besonders in 'Nation Europa' und der Studentenzeitung 'Münchner Freiheit', die bundesweit vertrieben wird und laut Eigenangaben eine Auflage von 10.000 Exemplaren hat."

Referenten auf GDS-Seminaren waren schon Prof. Dr. Wolfgang Seiffert, General a.D. Günther Kienling, Günther Deckert (ehemaliger Bundesvorsitzender der JK, heutiger "Deutsche-Liste"-Stadtrot in Weinheim und "Freund" von Jean Marie le Pen) oder auch Wilhelm Stiglich (Autor des Buches der "Auschwitz-Mythos", "Freund" von Thies Christophersen - Leiter der "Bürger-u. Bauerninitiative"). Aber auch Fritz Hippler, nationalsozialistischer Reichsfilmintendant von 1939-43, Volf Schenke, heutiger Nationalrevolutionär und früherer Korrespondent des "Völkischen Beobachters" oder Dr. Alfred Ardelet, Landesvorsitzender Nord des "Völkobundes", gaben sich die Ehre, auf GDS-Seminaren zu referieren.

Daß der GDS "keine Gewähr mehr für eine dem Grundgesetz förderliche Arbeit bietet", dokumentiert deren 2. Bundesvorsitzender Peter Bowdorf am besten. So war dieser während seiner Amtszeit als Stellvertreter der GDS-Vorsitzender (ab 26. April 1981) auch bis 1984 Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift "Aktion"...

## Nationaldemokratischer Studentenbund (NHB)

Studentischer Ableger der NPD: der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHDB)

Der "Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB) mit Sitz in München, der in "kritischer Solidarität" zur NPD steht, vertritt seiner Satzung nach "die nationaldemokratische Grundhaltung an den deutschen Universitäten und Hochschulen".

Gegründet wurde der NHB im Dezember 1966 in Tübingen, um, so das damalige NPD-Parteiorgan "Deutsche Nachrichten" (DN), "der politischen Bewußtseinsbildung innerhalb der Studentenschaft im Sinne der erklärten Ziele der NPD zu dienen," sowie der "intellektuellen Sturmtruppe der bolschewistischen Weltrevolution" an den bundesdeutschen Universitäten Einhalt zu gebieten.

2 Jahre nach seiner Gründung umfaßt der NHB 17 Ortsgruppen mit rund 250 Mitgliedern. Dagegen weist der Bundesverfassungsschutzbericht vom Jahr 1986 "nur" noch ca. 30 Mitglieder an den Hochschulen in München, Erlangen, Saarbrücken, Köln und Wuppertal auf. In den letzten Monaten scheint sich die Lage des NHB -parallel zum Stimmenaufschwung der NPD- wieder zu verbessern. So zählt der NHB allein an der Universität Konstanz zwischen 15 und 20 aktive Mitglieder!

Seine Mitglieder und Sympathisanten rekrutiert der NHB vorrangig "an relativ unpolitischen Fachbereichen (Jura, Naturwissenschaften, Medizin)". Hervorgetan hat sich der NHB insbesondere bei farben tragenden studentischen Verbindungen, wo er als "verlängerter Arm der NPD an den Hochschulen" fungiert. Dominiert wird der NHB in seinen politischen Aktivitäten von der am 28.11.1964 in Hannover gegründeten Mutterpartei, NPD, die der Studentenorganisation bisher keine eigenständige politische Kompetenz einräumen wollte. Durch die enge Anbindung an die NPD gerät auch der NHB in den 70er Jahren mit in deren schwere Krise, die mit starken Mitgliederverlust verbunden ist, von der sich auch der NHB -trotz des neuerlichen Aufschwunges- bis heute nicht erholt hat. Er spielt im studentischen Leben-trotz des 1986 10.000fach vertriebenen "NHB-Reportes"- faktisch keine Rolle mehr. Die weiterhin bestehende starke Anbindung des NHB an die

Nationaldemokratie zeigte sich auch beim letzten Bundeskongreß der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der am 12./13. September 1987 in Dillingen/Saar stattfand. Dort wurde der 29-jährige Karl-Heinz Sendbühler, langjähriger NHB-Funktionär, der in München Kommunikationswissenschaften studiert, neuer Bundesvorsitzender der JN. Sendbühler wurde schon auf dem JN-Bundeskongreß zuvor, am 26./27. Oktober 1985 in München, zweiter Bundesvorsitzender der JN. Zu diesem Zeitpunkt hatte Sendbühler in Personalunion auch das Amt des Bundesvorsitzenden des NHB inne. Die personellen Verbindungen zwischen NHB und JN dokumentieren die enge Verbindung zur NPD.

In die Schlagzeilen geriet Sendbühler im Frühjahr 1987, als er in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender des NHB folgendes Schreiben an alle Vertretungen der Österreichischen Hochschulschüler-schaft (ÖH) richtete:

"Mit Erstaunen mußten wir erfahren, daß dem deutschen Volk in Österreich das freie Wahlrecht vorenthalten wird und insbesondere die Aktion Neue Rechte (ANR) von den Hochschülerschaftswahlen ausgeschlossen ist, weil sie sich zur deutschen Nation als politisch bindender Einheit bekennt.

Wir hoffen auf Ihr Einverständnis, daß wir als Deutsche eine derartige Diskriminierung und Unterdrückung der Deutschen in Österreich nicht hinnehmen können.

Wir betrachten Sie und Ihre Institution daher nicht als frei gewählte Vertretung der deutsch-österreichischen Studentenschaft und werden daher die Wahrnehmung der Anliegen der deutsch-österreichischen Hochschüler sowie die Aufklärung der bundesdeutschen Öffentlichkeit über den deutschfeindlichen Gesinnungsterror in Wien in Angriff nehmen.

Wir fordern Sie auf, unverzüglich für eine Herstellung des freien Wahlrechts und der Freiheit des nationalen Bekenntnisses der Deutschen in Ihrem Bereich zu sorgen. Ansonsten sind Sie für alle Konsequenzen rechtlicher und politischer Art verantwortlich."

Der NHB, der bei Wahlen regelmäßig zur Unterstützung der NPD aufruft, unterstützt damit auch folgende Forderungen der Nationaldemokratie, die diese beispielsweise bei den baden-württembergischen Landtagswahlen 1988 artikuliert:

"Volksabstimmung bei wichtigen politischen Fragen/Asyl nur für politisch Verfolgte/Wahlrecht und Heimatrecht nur für uns Deutsche/Unterstützung der deutschen Bauern, nicht der EG/Wiederherstellung der Inneren Sicherheit/Einhalt der Kriminalität, Rückhalt für unsere Polizei/Fürsorge für Opfer, nicht für die Täter/Arbeitsplätze vorrangig für Deutsche/Förderung von Eigeninitiative, Handwerk und Mittelstand/Entschieden für die freiheitlich-demokratische Grundordnung/Eintreten für eine geistig-moralische Wende/Für das ungeborene Leben! Ja zum Kinde!-Ja zur Zukunft!"

Heinz F.

### "Republikanischer Hochschulverband" (RHV) gegründet

Nach Angaben der REP-freundlichen Zeitung "Junge Freiheit" (JF) hat sich am 16. Mai 1989 in München der "Republikanische Hochschulverband" gegründet. Dieser versteht sich als offizieller Studentenverband der Republikaner, der zugleich Studenten und Jungakademiker vereinigt. Der rechtsradikale Hochschulverband RHV, der unter Wohlwollen der Partei gegründet wurde (so überbrachte die REP-Bundesgeschäftsführerin Centa Hirsch die Grüße des Vorstandes), hat sich als eigenständiger Verein unabhängig von der Partei konstituiert. An seiner Spitze stehen 3 gleichberechtigte Sprecher: Alexander von Schrenck-Notzing (Sohn des "Criticon"-Herausgebers und WMF-Großaktionärs Caspar von Schrenck-Notzing), Hans-Ulrich Kopp und Alexander Wolff.

Nach Eigenangaben will der RHV in nächster Zeit an allen Hochschulorten in der BRD mit Ortsverbänden in Erscheinung treten. Auf die Frage, ob der RHV eine Konkurrenz zum RCDS darstelle, antwortete Schrenck-Notzing, daß es "nicht beabsichtigt" sei, "eine Praktikantenbörse zu eröffnen".

Dem RHV, der sich "ganz offensichtlich als Speerspitze der notwendigen 'Intellektualisierung' der REP ansieht, bleibt das gleiche Schicksal wie den "Jungen Republikanern" (gegr.: 1987) zu wünschen. Diese haben sich zwischenzeitlich in Wohlgefallen aufgelöst.

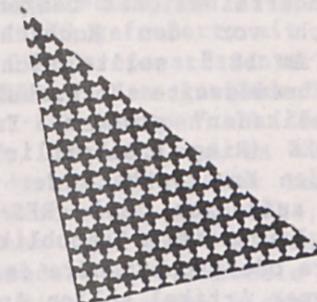
ANTON MAEGERLE

PS.: Ich habe die nicht-geschlechtsspezifische Schreibweise in den Angaben des RHV für diesen Artikel übernommen.

"Republikanischer"

Hochschulverband

(RHV)



## Rechtsextremismus

### Ein Thema für die Hochschulen

Ob es nun die rechtsextremistischen Schmierereien - meist auf Männerklos - oder die großen Probleme unserer ausländischen Kommilitonen bei der Wohnungssuche sind; rechtsextremes und ausländerfeindliches Denken macht natürlich vor den Hochschulen nicht halt. Am 18.5. sollte sich in München eine bundesweite Hochschulgruppe der "Republikaner" gründen. In Köln hat der RFS (Ring freier StudentInnen) den Kreisverband der "Republikaner" aufgebaut und RFS-Funktionäre sind gleichzeitig "Republikaner"-Funktionäre oder Funktionäre der NPD. In diesem Artikel sollen Analysen über das Erstarken der rechtsradikalen Parteien dargestellt, Fakten gegen Vorurteile zum Thema Ausländer und Asyl gesetzt und der Zusammenhang aufgezeigt werden, warum es gerade an Hochschulen dringen notwendig ist, sich mit diesem Thema zu befassen.

### Die Wahlerfolge der "Republikaner" und der NPD

Nach den Wahlen in Berlin und Hessen und den Erfolgen der rechtsextremen Parteien machte sich zuerst Entsetzen und Ratlosigkeit breit. Rufe nach einem sofortigen Verbot der "Republikaner" und der NPD klingen eher hilflos und werden das Problem nicht lösen. Rechtskonservative Zeitungen (z.B. FAZ) hielten die Rechtswähler gar für arme, verirrte Demokraten, nach dem Motto: "Gebt ihnen eine Wohnung, dann werden sie schon wieder richtig wählen".

Die Reaktionen bei den Parteien reichen bei der CDU bis zur Anbiederung an die "Republikaner", wie einige Äußerungen von CDU-Amtsträgern zeigten - angeblich Ausrutscher, die schnell wieder korrigiert wurden.

Die CSU meinte sogar, daß die "Reps" mit CSU-Programmatik gewonnen hätten.

Die Entwicklung der Zunahme rechtsextremer Parteien bei den Wahlen hatte schon früher begonnen. In Bremen hat die "DVU-Liste D", das Wahlbündnis von NPD und DVU schon vorher "Erfolg" gehabt. In Berlin haben die "Republika-

ner" 11 Sitze und 14,3% der Jungwählerstimmen bekommen. Analysen des Wählerpotentials zeigen, daß nicht mehr Männer über 65 die Hauptwähler-

gruppe sind, sondern überdurchschnittlich viele Jung- und Erstwähler im Alter von 18-24 Jahren. Aus dieser Altersgruppe haben in Berlin 20% der Männer und 8-9% der Frauen (das ist neu!) die "Reps" gewählt. Forschungsergebnisse zeigen, daß die WählerInnen nicht nur aus sozial-deklarierten Schichten kommen, sondern auch solche sind, die ihren bescheidenen Wohlstand durch hohe Mieten, hohe Arbeitslosigkeit, Konkurrenz der Bevorzugung von Aussiedlern gefährdet sehen und außerdem enttäuscht sind von "inkompetenten und korrupten Parteien".

### Rechtspopulistische Brückenpartei

Wilhelm Heitmeyer, Pädagogikdozent an der Uni Bielefeld, der sich seit langem in Untersuchungen und empirischen Studien mit Rechtsextremismus bei Jugendlichen beschäftigt, hat die "Republikaner" eine "rechtspopulistische Brückenpartei" genannt. Durch diese neue Partei ist es möglich, den Weg ins Rechtsextreme Schritt für Schritt zu gehen, sozial akzeptiert und quasi demokratisch. Vorher war dieser Schritt, z.B. zu den Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD) eher ein Sprung für Jugendliche.

In Untersuchungen ist festgestellt worden, daß man dann, wenn zwei Orientierungsmuster zusammenfallen, von rechtsextremem Gedankengut sprechen kann:

- 1.) die Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit, die sich z.B. in Nationalismus oder Sozialdarwinismus äußert. (In einer Untersuchung von 1985 stimmten über 40% der 16-17jährigen (die heutigen Jungwähler) derartigen Gedanken zu.)
- 2.) Die Akzeptanz von Gewalt oder sogar Gewaltanwendung.

### Ursachen

Drei Punkte, die Ursachen für diese Entwicklung der Denkmuster sind, können hier angeführt werden:

- \* Durch Ohnmachtserfahrungen gewinnt Gewalt an Akzeptanz und Attraktivität, da sie eindeutig ist, Selbstbestätigung und Erfolg bringt. Die alltägliche Er-

fahrung "Der Stärkere setzt sich durch" wird dann zur politischen Forderung "Der Stärkere soll sich durchsetzen".

- \* Die zunehmende Vereinzelung und Orientierungsprobleme vieler Jugendlicher. Es gibt keine klare Zugehörigkeit mehr zu sozialen Gruppen, über die sich eine Identität bilden kann. In unserer Gesellschaft gibt es Zugehörigkeiten fast nur noch leistungsbezogen oder unter dem Aspekt Macht oder Geld. In dieser Situation gewinnen "Naturmerkmale" (Hautfarbe, Nation, Rasse...) an Bedeutung, die unabhängig sind vom Leistungsprinzip. Die nationale Stimmung wirkt so als Bindemittel. Autoritär-nationalistische Leitbilder werden als Antworten auf den Orientierungsbedarf gegeben.

- \* Rechtsextreme Gruppen werden auch durch die sozial-ökonomischen Bedingungen erst möglich. Das Potential an Fremdenfeindlichkeit nimmt erwiesenermaßen in Zeiten von ökonomischer Krise und Zeiten von Suche nach Identitäten zu.

### Republikaner und die "Union"

"Die Republikaner haben in ihrem Programm nichts Neues erfunden. Das meiste haben sie von uns abgeschrieben." (Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Pressedienst v. 2.2.1989). Die Politik der CDU/CSU hat die "Republikaner" erst hoffähig gemacht. Versatzstücke rechtsextremen Gedankenguts haben schon seit Jahren Einzug in die Parlamente gehalten. Es gibt eine Übereinstimmung von rechtsextremen Anschauungen und denen des rechten CDU/CSU-Flügels. Drei Politikfelder seien hier als Beispiel genannt, in denen die "Stahlhelmer" der CDU und NPD oder DVU übereinstimmen:

- Deutschlandpolitik (Wiedervereinigung)
  - Innen- und Sicherheitspolitik (Gegen "Chaoten")
  - Ausländer- und Asylpolitik.
- Wir erleben derzeit (z.B. im Frankfurter CDU-Wahlkampf), daß die CDU/CSU den Versuch macht, rechtsextremes Ge-

dankengut durch Übernahme ins eigene zu entschärfen.

### AusländerInnenfeindlichkeit

Das Problem sind nicht die AusländerInnen selbst, sondern die Vorurteile und die Politik gegen sie. Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit beruht auf Unwissenheit, politisch bewußt gesteuerten Fehlinformationen und gezieltem Schüren von Vorurteilen. Am 15.3.1989 hat das Europaparlament mit einer Mehrheit von 86% die rechtsverbindliche Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle EG-BürgerInnen der EG gefordert; mit den Stimmen der CDU-EuropaparlamentarierInnen. In der BRD bilden AusländerInnen (EG und Nicht-EG zusammen) 7% der Wahlbevölkerung. Deshalb muß es weiter unsere Forderung sein, hier kein "Dreiklassen-Wahlrecht" (Deutsche, EG-AusländerInnen und Nicht-EG-AusländerInnen), sondern das Kommunale Wahlrecht für alle hier Lebenden einzuführen. Es kann nicht angehen, daß weiterhin unter dem Kriterium "Staatsangehörigkeit" einem Teil der Menschen ihre politischen Mitwirkungsrechte vorenthalten werden.

### Asylrecht

Helmut Kohl am 13.8.86 in der Bild-"Zeitung": "Der Asylantenstrom muß gestoppt werden!" Dieses Zitat und ähnliche, wie z.B.: "Die BRD ist kein Einwanderungsland", lassen fast vergessen, daß es um Verfolgte und Flüchtlinge geht, die ihre Heimat verlassen mußten. Schon ein Zahlenvergleich zeigt, daß der BRD wirklich kein "Asylantenstrom" droht:

In der BRD werden 9% der AsylbewerberInnen anerkannt, in Frankreich 40%, in Italien 50% und in Dänemark 72% - dies, obwohl gerade Unions-Kreise immer wieder betonen, daß die BRD als einziges Land das Asylrecht in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes aufgenommen hat. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern werden AsylbewerberInnen bei uns ärmlich versorgt.

Der Begriff "Wirtschaftsflüchtling" wird dazu benutzt, Asylsuchenden die Notwendigkeit zu Flucht abzusprechen, ihnen einen Mißbrauch des Asylrechts vorzuwerfen und damit die Menschenrechtsproblematik herunterzuspielen. Nicht die Flüchtlinge mißbrauchen das Asylrecht, sondern die Flüchtlinge

werden für die Profilierung einer rechten Politik mißbraucht.

Europapapieren

Die "DVU-Liste D", ein Wahlbündnis der DVU und der NPD, wirbt mit der Parole "Erst Deutschland. Dann Europa" um Stimmen bei der Europawahl und schlägt damit voll in die Kerbe der Vorurteile, die BRD sei eh nur Zahlmeister der EG und würde ständig benachteiligt.

Die Parole der CDU "Radikale und SPD. Wohlstand ade" beruht auf unmöglicher Grün-"Republikaner"-Gleichmacherei. Gerade bei dem Thema Europa kann sich zeigen, ob Werte wie Solidarität, Internationalismus, Gerechtigkeit, multikulturelle Gesellschaft und ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa als überzeugende Alternativen der Linken entgegengesetzt werden können.

Hochschule - Ort des kritischen Denkens?

Schon 1952 hat Max Horkheimer als Rektor der Uni Frankfurt das Kritische Denken an den Hochschulen gefordert. Seine damals geäußerte Kritik ist angesichts der heutigen Bildungspolitik höchstaktuell. Er kritisierte die anonymen Herrschaftsverhältnisse, in denen Wissenschaft und Studium nur den Zweck haben, dem Menschen Rüstzeug zur Gewährleistung seines späteren Funktionierens in der Gesellschaft - in der Regel eine ökonomische Funktion - zu geben. Das führt dazu, daß der/die Studierende sich an bestehende Verhältnisse und Denkmodelle anpassen soll.

Dagegen setzt Horkheimer das Bildungsziel, daß die Hochschule eigentlich haben sollte: Die Aneignung der Fähigkeit zum kritischen Denken.

Auch in der aktuellen hochschulpolitischen Diskussion tauchen Begriffe wie "emanzipatorische Funktion von Bildung" und "Demokratie und Mitbestimmung" auf. Unsere Hochschulen haben dringend die Demokratisierung nötig, die mehr Transparenz in Wissenschaft und Forschung und mehr Beteiligung und Mitbestimmung der Studierenden erfordert.

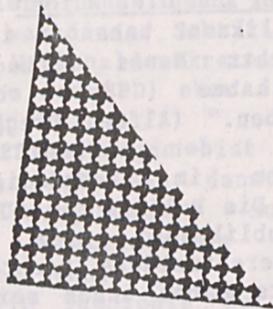
Verantwortlichkeit und Wahrnehmung von Verantwortung, Diskussion gesellschaftlicher Entwicklungen, wäre unbedingt erforderlich an den Hochschulen. Nur durch Reformen, eine um-

fassande Demokratisierung der Hochschulen, kann der Anspruch erfüllt werden, zu kritischem Denken zu befähigen statt verschult zu pauken.

Verantwortung und Toleranz, demokratischer Umgang miteinander, Offenheit und Emanzipation sollten das Lehren, Lernen und Forschen an Hochschulen bestimmen.

Fakten gegen Vorurteile, Aufklärung und Diskussion können dazu beitragen, daß sich Fremdenfeindlichkeit und neue Rufe nach einem "Deutschland über alles" nicht weiter an den Hochschulen breit machen. In diesem Sinne ist auch dort eine rege Diskussion der neuen rechtsextremen Tendenzen und ein politisches Mandat der Studierenden dringend nötig.

**Kerstin Griese**  
stellv. ASTA-Vorsitzende  
Heinrich Heine Uni Düsseldorf



Aufruf  
zur 2. bundesweiten Aktionskonferenz  
der antifaschistischen Bewegung  
am 10./11. Februar 1990 in Frankfurt

Leben und Lieben - Dem Haß keine Chance  
Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus

2. Entwurf

breiten Bündnissen mit gemeinsamen Forderungen und vielfältigen Formen in die politischen Prozesse, jetzt vor allem die Wahlkämpfe, einzugreifen und gleichzeitig unsere positiven Alternativen durch entsprechende Aktionsformen wie symbolische Wahlen für Ausländer, Realisierung kommunaler Programme und antifaschistische Kulturfeste in der politischen Kultur unseres Landes zu verankern.

Deshalb rufen wir zur 2. bundesweiten Aktionskonferenz der antifaschistischen Bewegung am 10./11. Februar 1990 in Frankfurt auf. Wir laden alle demokratischen Organisationen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Initiativen, Immigrant\*innenorganisationen, Frauengruppen und alle demokratisch gesinnten Menschen ein, an dieser Aktionskonferenz teilzunehmen. Wir wollen

- einen Informationsaustausch über die antifaschistische Arbeit der verschiedenen Gruppen und Organisationen herbeiführen
- unterschiedliche Positionen in Fragen der Einschätzung der rechtsextremistischen und neofaschistischen Gruppen, des Verbots, der Wahlanalysen usw. diskutieren
- Alternativen erarbeiten, die Orientierungen und Zielbestimmungen für die antifaschistische Bewegung und die Politik erabgibt. So vor allem die Frage, wie, mit welchen Forderungen und Aktionen wir eine multikulturelle, demokratische und solidarische Gesellschaft erreichen
- Handlungsansätze aufzeigen, wie wir in den Kommunen, in den Betrieben, Kirchengemeinden, Schulen und Hochschulen ein antifaschistisches und kirchenspezifisches Klima schaffen
- Beschlüsse fassen, wie wir gemeinsam in die Bundestagswahlen eingreifen können, um zu erreichen, daß möglichst wenig Menschen den rechtsextremistischen und neofaschistischen Gruppen ihre Stimme geben und der Einzug der REP in den Bundestag verhindert wird.

Vor allem ist es unser Anliegen, uns gegenseitig besser kennenzulernen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, eine Verbindung von Tradition und Zukunft in der antifaschistischen Arbeit zu erreichen, ohne einen bestehenden Diskussionsstand festzuschreiben zu wollen.

Um auf der Aktionskonferenz zu einem breit getragenen und mobilisierenden Vorhaben zu kommen, wird der Arbeitsausschuß Thesen erarbeiten und auf einem bundesweiten Vorbereitungstreffen am 8./9./10. Februar in Frankfurt zur Diskussion stellen.

Bundesweiter Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus  
im Arbeitsausschuß arbeiten folgende Organisationen mit Aktion  
Süddeutsche Friedensdienste e.V., Bundesschülervertretung, DGB-Bundesvorstand - Abt. Jugend, DAG-Bundesvorstand - Abt. Jugend, IG Metall-Vorstand - Abt. Jugend, Die Grünen, DKP, Jusos-Bundesvorstand, Jugendem-kraten, SDAJ, SJD - Die Falken, GDF (Föderation der türkischen Immigrant\*innenvereine), VDJ, VN-BdA. Dazu kommen Vertreter landesweiter Koordinat\*ionen aus: Bremen, NRW, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg  
VDS

Rechtsextreme und neofaschistische Parteien gewinnen bis zu zehn Prozent der Wahlstimmen. Ausländerfeindliche und nationalistische Agitation verhilft diesen Gruppen - vor allem den sogenannten Republikanern - zum Einzug in die Parlamente. Es ist ein besonderes Alarmsignal, daß nach den Wahlerfolgen der DVU-Liste D in Bremen, der REP in Berlin und der NPD in Frankfurt die Gefahr ist groß, daß sich dieser Trend bei den im nächsten Jahr anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen fortsetzt und damit die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die REP nach den Bundestagswahlen im Dezember 1990 in den Bundestag einzeln einziehen können. Die aktuellen Auseinandersetzungen um den 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zeigen, daß die rechtsextremen und neofaschistischen Kräfte schon jetzt zu einem gefährlichen politischen Faktor geworden sind und erhebliche Wirkung auf die anderen Parteien, vor allem die CDU/CSU, haben.

Der Aufschwung des rechtsextremen und neofaschistischen Lagers ist eine zentrale Herausforderung für alle Menschen, die eine emanzipatorische, demokratische und soziale Gesellschaft anstreben.

Angesichts der historischen Erfahrungen, die unser Land mit Fremdenhaß, der Verfolgung Andersdenkender und der Beseitigung demokratischer und freiheitlicher Normen gemacht hat, gilt es, für eine Politik einzutreten, die der Demagogie der Rechtsextremen und Neofaschisten den Boden entzieht. Wir treten ein für eine humane Orientierung von Politik und Gesellschaft, für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle.

Als erste Schritte zur Abwehr ausländerfeindlicher und nationalistischer Tendenzen setzen wir uns ein für das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, ein humanes Ausländerrecht und eine Garantie des Rechts auf Asyl gemäß Art. 16 GG.

Gerade im Vorfeld der Bundestagswahlen brauchen wir als antifaschistische Bewegung Phantasie und Mut, um uns mit Wort und Tat einzumischen. Dabei wollen wir den Weg weitergehen, den wir mit der 1. bundesweiten Aktionskonferenz in Bremen eingeschlagen haben. Das heißt, in möglichst

## Material- und Adressenliste

**Vorsicht Republikaner**

Inhaltsverzeichnis beiliegend

2,- DM pro Stück

Herausgeber und Bestelladresse:  
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg  
(Westberlin)  
Czeminskistr. 5, 1 Berlin 62

oder:  
ASTA der TFH Berlin  
Luxemburger Str. 10, 1 Berlin

**"Republikaner", Ring freier Studentinnen**

Antifa-AG an der TFH Berlin  
Luxemburger Str. 10, 1 Berlin  
zahlreiche Flugblätter und Info-Materialien

Antifa-AK im ASTA der Uni Köln  
Universitätsstr. 10, 5 Köln 41  
Tel.: 0221/472995  
Broschüre zum rfs u.a., Archiv, viele Zeitschriften-Abos

ASTA Uni Bochum  
Universitätsstr., 463 Bochum 1,  
Tel.: 0234/7007643 o. 2313

**Rechtsextremistische Studentenorganisationen an bundesdeutschen Hochschulen - in besonderen der GOS**

**AK Antifaschismus, Postfach 1161, 7524 Ostlingen**

**Rechtsextremismus an bundesdeutschen Hochschulen**

Broschüre, herausgegeben von den Juso-Hochschulgruppen, Ollenhauer Str., 53 Bonn 1

**Rechtsextremismus im Vorkurs?**

Arbeitsheft 84, Juso-Hochschulgruppen

**Antifaschistischer Informationsdienst**

erscheint 6-wöchig, Pressepiegel mit Eigenartikeln

zu bestellen bei:  
AK-BJW Baden; Postfach 1169, 75 Karlsruhe

**Gegen Faschismus und Rassismus in Europa**

Broschüre, herausgegeben von der sozialistischen Fraktion des EP, Rue Belliard 95-113, B1040 Brüssel

Buch:

**Rechts von der Union - Personen, Organisationen, Parteien seit 1945**

aktuelles Nachschlagewerk,  
36,-  
Kneisebeck u. Schuler, Postfach 140 560, 8 München 5

**Freiheit und Recht**

Periodika, zweimonatig

herausgegeben vom ZDJ (Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen e.V.),  
Königswinterer Str. Str. 716, 53 Bonn 3

**Antifaschistisches Infoblatt**

erscheint alle 2-3 Monate  
20,- DM für 5 Ausgaben

Schwerpunkt Feb./März: Republikaner

zu bestellen bei:  
Gneisenaustr. 2a, 1 Berlin 61

**Blick nach Rechts**

Zeitschrift, erscheint 14-tägig  
Abo-Preis: pro Jahr 117,- DM

Herausgeber u. Bestelladresse:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heuse-Allee- 2-10, Pressehaus 1/217  
Postfach 121408, 53 Bonn 1+  
Tel.: 0228/215036

**Burschenschaften**

ASTA GH Bamberg  
8600 Bamberg, Feldkirchenstr. 21, Tel.: 0951/863347

ASTA Uni Münster  
Schloßplatz 1, 44 Münster, Tel.: 0251/833056

ASTA Uni Trier  
Postfach 3825, 55 Trier

**Gesamtdeutscher Studentenverband, Überblick über rechtsextreme Zeitschriften und Organisationen an Hochschulen**

unregelmäßig erscheinendes ASTA-Antifa-Info

Reader:

- Neue Rechte in der BRD
- Rechtsextremismus bei Jugendlichen

ASTA Uni Dortmund  
Postfach 50 05 00, 46 Dortmund 50

**Katalog antifaschistischer Literatur**

Bestelladresse und Herausgeber:  
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg  
(s.o.)

**Rechtsextremismus**

Broschüre, Sonderausgabe der Heineschen Post

ASTA Uni Düsseldorf  
Universitätsstr. 1, 4 Düsseldorf 1

**Antifaschistische Zeitung (AntifaZ)**

1,50 DM pro Ausgabe, erscheint unregelmäßig

zu bestellen bei:  
Altstadtschneide  
Kellerstr. 10, 4350 Recklinghausen

**Wir wollen ein Antifa-Archiv in der VDS anlegen:  
am Mittwoch, den 1.11. (Feiertag)  
im Büro der VDS  
Bonn, Rittershausstr. 15**

**Faschisten kandidieren für die Neuordnung Gesamteuropas**

Inhalt:

- Wahlprogramme der DVU, Republikaner, FAP
  - staatliche Unterstützung
  - Politik der europäischen Rechte im Europarlament
  - antifaschistische Aufgaben
- Preis: 2,50 DM pro Stück

Herausgeber und Bestelladresse:  
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg  
Zentrale Arbeitsgruppe gegen reaktionäre und faschistische Formierung  
Zülpicher Str. 7, 5 Köln 1, Tel.: 0221/245643